

Forscher-Kritik an Beobachtungsstelle für radikalen Islam in NÖ

📅 07.07.2026 🕒 16:16

Österreich/Wissenschaft/Politik/Islam/Extremismus

Bekannte Religionswissenschaftler und Theologen "befremdet" über Zusammensetzung von Beirat "ohne Expertise im Bereich der Islamwissenschaft"

Wien/St. Pölten, 07.07.2026 (KAP) Bekannte Religionswissenschaftler und Theologen fordern von Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner eine Neuaufstellung des wissenschaftlichen Beirats der von der ÖVP-FPÖ-Landesregierung Anfang 2026 vorgestellten "Beobachtungsstelle radikaler Islam". "Mit Befremden" habe man davon erfahren, dass dieser aus Mitgliedern ohne Expertise im Bereich der Islamwissenschaft zusammengesetzt sei, hieß es am Dienstag in einem Offenen Brief. "Eine kritische Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und extremistischen Strömungen innerhalb des Islam - wie auch in allen Religionen - ist wichtig. Aber sie muss sachlich, differenziert und mit wissenschaftlicher Expertise erfolgen", so die Unterzeichner. Sie plädieren für einen "neuen Anlauf" in der Zusammensetzung des Gremiums.

Unterzeichnet haben das auch der Nachrichtenagentur Kathpress vorliegende Schreiben unter anderem der Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker, die Vorstände der Religionswissenschaft-Institute an den Universitäten Wien und Graz, Lukas K. Pokorny und Franz Winter sowie der Leiter des Zentrums Theologie interkulturell und Studium der Religionen an der Uni Salzburg, Martin Rötting. Unterstützt wird der Aufruf auch von Dietmar W. Winkler, Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Salzburg, Regina Polak, Vizedekanin der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien, den Theologieprofessoren Jan-Heiner Tück (Wien), Angelika Walser (Salzburg) und Michaela Quast-Neulinger (Innsbruck), dem Religionspädagogen Martin Jäggle und acht weiteren Forscherinnen und Forschern, darunter die Religionswissenschaftlerin Astrid Mattes.

Vor dem Hintergrund der Folgen des modernen Antisemitismus sollten gerade staatliche Einrichtungen "alles dafür tun, dass ein konstruktives gleichberechtigtes Zusammenleben in der religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft gelingt, und nicht ein gefährliches Glutnest eines pauschalen feindlichen Misstrauens gegen die 'Anderen' geschürt wird", betonen die Forscher. Als Wissenschaftler, "aber auch als demokratische BürgerInnen" appelliere man an die Verantwortlichen "auf der wissenschaftlichen Qualität des Gremiums zu bestehen und damit eine seriöse Tätigkeit zu gewährleisten". Gerade der ÖVP als christlich-sozialer Partei müsse dies ein Anliegen sein, wenden sich die Experten insbesondere an Landeshauptfrau Mikl-Leitner.

Ziel der neuen, in Kooperation mit der Fachhochschule Wiener Neustadt geführten Beobachtungsstelle sei es, Radikalisierungstendenzen frühzeitig zu erkennen, Hinweise systematisch zusammenzuführen und Entwicklungen sichtbar zu machen, bevor sie eskalieren, hatten Landeshauptfrau Mikl-Leitner (ÖVP) und ihr Stellvertreter Udo Landbauer (FPÖ) bei der Präsentation im Jänner erklärt. Laut Land Niederösterreich soll die Stelle Erscheinungsformen, Strukturen und Entwicklungen islamistischer Radikalisierung analysieren und regelmäßig Berichte mit Handlungsempfehlungen erstellen.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) hatte im Jänner zurückhaltend auf die Ankündigung der Beobachtungsstelle reagiert. Sicherheit und Prävention seien wichtig, hieß es in einer Aussendung, zugleich gelte es jedoch pauschale Zuschreibungen zu vermeiden, denn: "Undifferenzierte Zugänge, die nicht klar zwischen friedlicher Religionsausübung und Extremismus unterscheiden, gefährden Grundrechte, Religionsfreiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt."